

2 Deutsche Verhältnisse¹⁸

2.1 Die Rezeption von Garlands Analyse in der deutschen Kriminologie

In der deutschen Kriminologie hat Garlands Analyse (2001/2008) der neuen Kultur der Kontrolle relativ geringen Widerhall gefunden (Sack 2006, 2006a, 2012). Auf die Frage, inwiefern seine Diagnose auch für die deutschen Entwicklungen zutreffend ist¹⁹, werden kaum Forschungsaktivitäten verwendet, und es scheint ein weitgehender, theoretisch herbeigeführter Konsens dahingehend zu bestehen, dass in Deutschland bestenfalls Ansätze der von Garland gezeichneten Entwicklung zu erkennen seien, bei weitem aber nicht so ausgeprägt wie in den USA und Großbritannien. Es gibt jedoch auch Stimmen, die einem deutschen Exzeptionalismus das Wort reden (vgl. Oberwittler/Höfer 2005; Peters 2009).

Sack (2006, 2006a, 2007a, 2008), der wahrscheinlich aufmerksamste Beobachter der Rezeption von Garlands Studie, hat viele Mühen darauf verwendet, den aktuellen Stand der Bedeutung von und Resonanz auf Garlands Analyse insbesondere in der deutschen Kriminologie zu dokumentieren. Dabei stellt er zunächst fest, dass das Buch „The Culture of Control“ im englischsprachigen Raum eine kaum mehr überschaubare Rezensionsflut ausgelöst hat (vgl. Sack 2008: 310). In den einschlägigen kriminologischen Zeitschriften der Bundesrepublik sind jedoch nur drei Rezensionen erschienen (Hess 2001; Jung 2001; Kaiser 2003). Während Hess sich nicht näher damit beschäftigt, inwiefern Garlands Diagnose einer punitiven Wende in der Kriminalpolitik auf Deutschland zutrifft, äußern Jung und Kaiser konkrete Zweifel daran, dass auch hierzulande ein ‚Punitive Turn‘ stattgefunden habe. Kaiser (vgl. 2003: 239f.) räumt zwar gewisse Parallelen zwischen den deutschen und den angloamerikanischen Entwicklungen,

¹⁸ Dieses Kapitel beruht in überarbeiteter Form auf meiner Darstellung in Klimke/Sack/Schlepper (2013: 101-124) sowie Sack/Schlepper (2011: 247-250).

¹⁹ Garland (vgl. 2004: 178f.) selbst nimmt nur insoweit eine komparative Perspektive ein, indem er die USA und Großbritannien zwar zum Gegenstand seiner Untersuchung macht, sich aber zugunsten eines höheren Generalisierungs- und Abstraktionsvermögens auf konvergente Entwicklungen in diesen beiden Ländern konzentriert und Differenzen vernachlässigt. Diese Vorgehensweise begründet er damit, dass sein Ziel darin liege, „[to] identify some of the broad organizing principles that structure our contemporary ways of thinking and acting in crime control and criminal justice“ (Garland 2001: viii). Er versteht seine Analyse nicht als komparative Studie, sondern vielmehr als Ausgangspunkt und ‚Vorarbeit‘ für solche Untersuchungen.

ihren Deutungsweisen und Ähnlichkeiten im kriminologischen Diskurs ein. Eine starke Bremse punitiver Tendenzen sieht er aber darin, dass nach wie vor am Resozialisierungsansatz festgehalten werde. Allerdings mehren sich in letzter Zeit Stimmen, die gerade im Strafvollzug hierzulande eine härtere Gangart²⁰ infolge einer zunehmenden Abkehr vom Rehabilitationsideal und einen Übergang zum bloßen Verwehr- und Sicherungsvollzug wahrnehmen (Sack 2007). Dünkler und Geng (vgl. 2007: 16) beklagen, dass der offene Vollzug sowie Resozialisierungsmaßnahmen wie Vollzugslockerungen und Hafturlaub Opfer einer ‚restaurativen‘ Vollzugspolitik geworden seien. Die Entwicklung der Lockerungspolitik hat auch Feest (2004) untersucht und dabei seit 1989 in vielen Bundesländern einen offensichtlichen und drastischen Rückgang von Lockerungen (Hafturlaub, Ausgang, Freigang, offener Vollzug) festgestellt, der allerdings schon Anfang der 1990er Jahre (aufgrund steigender Gefangenenzahlen) verdeckt begonnen habe. Dabei sei der Rückgang angesichts äußerst geringer (von anfänglich vier Prozent auf unter ein Prozent gesunkener) Missbrauchsquoten nicht etwa auf negative Erfahrungen mit Vollzugslockerungen zurückzuführen, sondern mit dem Wandel hin zu einem populistischen kriminalpolitischen Klima und dessen restriktive Folgen auf die Vollzugspraxis sowie justizielle Entscheidungen in Zusammenhang zu bringen. Dünkler und Schüler-Springorum (2006) sehen die Gefahr, dass sich die durch die Föderalismusreform nunmehr bedingte Länderzuständigkeit für den Strafvollzug zu einem „Wettlauf der Schädigkeit“ entwickle. Diese Einschätzung revidiert Dünkler (2010a) allerdings im Themenheft „Strafvollzug“ der politiknahen Beilage zum ‚Parlament‘. Dort heißt es, dass „der befürchtete ‚Wettbewerb der Schädigkeit‘ [...] bislang ausgeblieben“ bzw. „nicht eingetreten“ (ebd.: 7 u. 14) sei. An anderer Stelle geht er sogar noch einen Schritt weiter und hält einer repressiven Trendwende in der deutschen Kriminalpolitik einen „humanen Strafvollzug“ (Dünkler 2010: 10) entgegen, welcher der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Resozialisierung im Strafvollzug zu verdanken sei.²¹ Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung, die neben der Kompromisspolitik der Koalitionsregierungen „extreme Ausschläge in die eine

²⁰ Diese „Neue deutsche Härte“ (Plewig 2007, 2008) macht sich nicht zuletzt im Zugriff auf delinquente Jugendliche bemerkbar. Im Bereich der Jugendhilfemaßnahmen befinden sich Anti-Aggressivitäts-Trainings auf dem Vormarsch, die sich als Methode der ‚Konfrontativen Pädagogik‘ verstehen, welche durchaus umstritten ist (Krasmann 2000; Plewig 2007, 2008, 2010). Für den punitivitätsinduzierten Wandel in der Sozialarbeit in Deutschland insgesamt vgl. Lutz (2010).

²¹ In der liberalen Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ vom 16. August 2012 wird dagegen ein ganz anderes Bild gezeichnet. Unter dem Titel ‚Die Schlechterungsanstalt‘ wird über eine Studie des KFN (Bieneck/Pfeiffer 2012) über die Zustände in Haftanstalten berichtet, die zu dem Ergebnis kommt, dass deutsche Gefängnisse rechtsfreie Räume seien, und es wird folgendes Resümee gezogen: „Der Staat hat sein Ziel der Resozialisierung aufgegeben“.

oder andere Richtung“ verhindere, betrachtet er als „Markenzeichen deutscher Rechtspolitik“ und in Europa einzigartigen „Stabilisierungsfaktor“ (ebd.: 10).²² Im Fazit ihres europäischen Vergleichs von Gefangeneneraten resümieren Dunkel et al. (2010: 1040), dass „[d]ie aus Aggregatdaten zu gewinnenden Indikatoren [...] die These der neuen Straflust als unwahrscheinlich erscheinen“ lassen.

Die Einschätzung von Jung bezüglich der Übertragbarkeit von Garlands Befunden und Deutungsmustern auf die deutsche Situation fällt noch verhaltener aus als Kaisers Beurteilung. Jung (2001: 19) betrachtet Garlands Analyse als „Fallstudie“, die auf die US-amerikanischen Verhältnisse zugeschnitten und daher schwerlich auf Kontinentaleuropa anwendbar sei.

Ein weiterer Beleg für die geringe Relevanz, der Garlands Analyse für Deutschland beigemessen wird, ist der Debatte um den Ersten Periodischen Sicherheitsbericht (PSB) des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für Justiz (2001) zu entnehmen. Peters und Sack (2003: 24) werfen den Autoren des Ersten Periodischen Sicherheitsberichts eine Ignoranz ähnlich gelagerter Entwicklungen in anderen Ländern und ihrer Interpretationsweisen vor. Als symptomatisch hierfür betrachten sie die im Bericht nicht erwähnte, aber augenfällige inhaltliche Deckungsgleichheit der kriminalpolitischen Maximen in Großbritannien („tough on crime and tough on the causes of crime“) und Deutschland („Entschlossen gegen Kriminalität und entschlossen gegen ihre Ursachen“). Auch Beste (2003) kritisiert, dass der erste PSB sich einseitig auf die Struktur und Verteilung von Kriminalität konzentriere, die Augen vor den repressiven Tendenzen in der deutschen Kriminalpolitik verschließe und keinen Anschluss an anglo-amerikanische Erklärungsansätze suche, die er für durchaus fruchtbar hält. Schumann (vgl. 2003: 136), Mit-Autor des ersten PSB, kann jedoch keine Plausibilität darin entdecken, Analysen amerikanischer und britischer Entwicklungen als Deutungsmuster für Deutschland zu verwenden, da die kriminalpolitischen Situationen seiner Ansicht nach nicht vergleichbar seien. Analog argumentieren auch Jobard und Groenemeyer (2005), dass ein Vergleich nur zwischen Ländern mit ähnlichen Rechtssystemen sinnvoll sei.

Günther und Honneth (2008), die das Vorwort zur deutschen Ausgabe von „The Culture of Control“ verfasst haben, zweifeln dagegen die Sinnhaftigkeit eines solchen komparativen Vorgehens und die Übertragbarkeit von Garlands Diagnose nicht an. Sie weisen darauf hin, dass sich wesentliche Züge der britischen und US-amerikanischen Kultur der Kontrolle auch in Deutschland finden ließen und haben zahlreiche Belege zur Hand: eine auch hierzulande inzwischen stattfindende Instrumentalisierung von Kriminalität in Wahlkämpfen, eine zuneh-

²² In eine ähnliche Richtung bewegt sich auch die Argumentation Karstedts (vgl. 2010: 938), die zum einen den Föderalismus und zum anderen das Verhältniswahlrecht, welches Koalitionsbildungen erforderlich macht, als Hemmfaktoren für ein punitives Klima anführt.

mende Opferorientierung im kriminalpolitischen Diskurs, einen schwindenden Einfluss wissenschaftlicher Expertise, eine weitgehende Abkehr von wohlfahrtsstaatlichen Resozialisierungsprogrammen und härtere Gangart im Strafvollzug, eine Aufwertung situativer Kriminalitätskontrolle und Responsibilisierung nicht-staatlicher Akteure für Kriminalitätskontrolle und Kriminalprävention (vgl. ebd. 2008: 10f.).

Zahlreiche dieser Faktoren sind auch nach von Trotha (2003, 2010, 2010a) charakteristisch für die „präventive Sicherheitsordnung“ – so bezeichnet er die gegenwärtige Ordnungsform, welche die wohlfahrtsstaatliche Ordnung abgelöst habe. Für von Trotha (vgl. 2010: 34) besteht kein Zweifel daran, dass Punitivität Teil der politischen Kultur dieser präventiven Sicherheitsordnung ist. „Punitivität ist im Erfüllungsdefizit der präventiven Sicherheitsordnung eingebaut“ (von Trotha 2010a: 231).

2.2 Punitivitätsforschung in Deutschland

Neben den spärlichen Rezensions- und Adaptionbestrebungen ist auch ein Mangel an empirischen Untersuchungen zu beklagen, die sich der Frage widmen, inwiefern Garlands Ergebnisse für die Bundesrepublik Gültigkeit besitzen²³. Zwar existieren einige Forschungsprojekte zur Punitivität (Kury 1995, 1998; Kury/Ferdinand 1999; Kury/Obergfell-Fuchs/Würger 2002; Obergfell-Fuchs/Kury 2004; Reuband 2003, 2004, 2006, 2007, 2007a, 2010). Diese orientieren sich jedoch kaum an Garlands Analysedimensionen und seinem Untersuchungsdesign, das völlig ohne Surveyforschung auskommt.

In der deutschen Kriminologie wird Punitivität als mehrdimensionales Konzept verstanden, wobei die verschiedenen Dimensionen zumeist an den ihr je eigenen, aber sich (in unterschiedlicher Intensität) wechselseitig beeinflussenden Akteuren festgemacht werden: Bevölkerung, Massenmedien und staatliche Institutionen. Dementsprechend wird zwischen Punitivität auf der individuellen, gesellschaftlichen und institutionellen Ebene unterschieden. Letztere wird gelegentlich noch weiter in justizielle und legislative Ebene differenziert.

Der Erforschung punitiver Einstellungen auf der individuellen Ebene hat sich Reuband (2003, 2004, 2006, 2007, 2007a, 2010) in verschiedenen Untersu-

²³ Sack (vgl. 2008: 312f.) weist auf zwei Ausnahmen hin, die an Garlands Studie anschließen und die punitive Wende in der deutschen Kriminalpolitik zweifellos belegen, bei denen allerdings nicht die empirische, sondern die wissenschaftliche Analyse im Vordergrund stehe. Dabei handelt es sich um die Habilitationsschrift „Kriminalität der Gesellschaft“ von Krasmann (2003) sowie die mittlerweile schon in der dritten Auflage erschienene Monografie „Die Sicherheitsgesellschaft“ von Singelstein und Stolle (2012).

chungen gewidmet. Dabei differenziert er punitive Einstellungen in eine „abstrakte Forderung nach härteren Strafen“, eine „deliktbezogene Forderung nach harten Strafen“ und die vertretene „Strafphilosophie“ (Reuband 2010: 102). Er kommt in seinen Befragungen zum Sanktionsverlangen der Bevölkerung zu dem Schluss, dass kein eindeutiger Trend in eine punitive Richtung feststellbar sei. Die These von einer steigenden Punitivität in der deutschen Bevölkerung bezeichnet er (2006) als „Mythos“ und bemerkt für den Zeitraum zwischen 1998 und 2006 rückläufige Tendenzen, was die Forderungen der befragten Bundesbürger nach Gesetzesverschärfungen angeht.

Auch hinsichtlich des Indikators „Befürwortung der Todesstrafe“ ist nach Reuband (2004) sowie Kury und Obergfell-Fuchs (2006) seit den 1950er Jahren ein Rückgang zu erkennen²⁴. Streng (2006), der seit zwanzig Jahren regelmäßig Studienanfänger der Rechtswissenschaften befragt, konstatiert dagegen eine Zunahme punitiver Einstellungen. Diese Punitivitätssteigerung äußere sich sowohl in einem Anstieg der Einschätzung der lebenslangen Freiheitsstrafe als für manche Straftaten zu milde Sanktion, als auch darin, dass dem spezialpräventiven Zweck der Sicherung von den Befragten zunehmend der Vorrang gegeben werde.

In eine ähnliche Richtung deuten auch die Ergebnisse der Untersuchung zur Frage nach den Zielen staatlichen Strafens von Schwind et al. (2001). In dieser Studie konnte für den Zeitraum von 1975 bis 1998 festgestellt werden, dass die Bevölkerung immer weniger dem Resozialisierungszweck zustimme und stattdessen zunehmend Abschreckung und Sühne/Vergeltung als Strafzwecke angebe. Ein Vergleich der Befragungszeitpunkte 1975, 1986 und 1998 zeigt einen Rückgang des Resozialisierungszwecks von 70,2 Prozent Zustimmung, auf 51,4 Prozent bis zu 42,2 Prozent, eine Zunahme des Zwecks der Abschreckung von 16,3 Prozent, 29,0 Prozent zu 34,5 Prozent und die Zunahme des Zwecks der Sühne/Vergeltung von 13,5 Prozent, auf 19,6 Prozent bis zu 23,3 Prozent Zustimmung (vgl. ebd.: 204).

Darüber hinaus existiert eine Untersuchung von Sessar (1992) über die Einstellungen in Bevölkerung und Justiz zu bestimmten Delikten und inwieweit diese bestrafungswürdig oder ausgleichsfähig seien. Das Ziel der Studie bestand darin herauszufinden, ob und inwieweit Wiedergutmachung Bestrafung ersetzen kann. Die Ergebnisse zeigen, dass von den befragten Bürgern bei vielen Delikten (Zechbetrug, Diebstahl von Marktfrüchten, Schwarzfahren, leichtere Betrügereien, leichtere vorsätzliche Körperverletzungen, fahrlässige Körperverletzungen im Straßenverkehr) mehrheitlich die Wiedergutmachung gegenüber der Bestra-

²⁴ Kury und Obergfell-Fuchs (vgl. 2006: 1028f.) bezweifeln allerdings, dass die Todesstrafe ein geeigneter Indikator zur Messung von Punitivität in Deutschland sei, da es sich hierzulande dabei um keine tatsächlich verhängbare Sanktion handelt.

fung vorgezogen wird (vgl. ebd.: 243). Daraus folgert Sessar (vgl. ebd.: 243), dass das Strafkonzzept des Rechtssystems in weiten Bereichen der klassischen Kriminalität mit einem Ausgleichskonzept der Sozialwelt kollidiere.

Weiter wurde die Einstellung der Befragten hinsichtlich Restitutivität und Punitivität untersucht (vgl. ebd.: 244). Dabei zeigten alle befragten Gruppen auf einer fünfstufigen Skala von ‚sehr restitativ‘ bis ‚sehr punitiv‘ Mehrheiten bei ‚sehr punitiv‘: 66,1 Prozent der Staatsanwälte, 56,2 Prozent der Strafrichter, 43,6 Prozent der Zivilrichter und 34,2 Prozent der Bevölkerung (vgl. ebd.: 219).

Aus dem Auseinanderklaffen der Einstellungen von (punitivem) Justizpersonal und (eher liberaler) Bevölkerung schließt Sessar (vgl. ebd.: 235), dass Zweifel an der These angebracht seien, dass die Strafjustiz einem (angeblichen) Ruf der Bevölkerung nach deutlicher Bestrafung folge und die Ergebnisse vielmehr dafür sprächen, dass dem Opfer der eigene Strafanspruch untergeschoben werde.

Oberwittler und Höfer (2005) gehen der Punitivitätsthese in ihrem „Country Survey“ über „Crime and Justice in Germany“ vorrangig auf der Bevölkerungsebene nach und kommen zu dem Schluss, dass es in den Einstellungen der Bevölkerung und der deutschen Strafpraxis keine Anzeichen für eine punitive Wende gebe. Einen maßgeblichen Faktor hierfür sehen sie darin, dass die Kriminalpolitik hierzulande noch immer fest in den Händen von Experten und Bürokraten sei (vgl. ebd.: 478). Sie betrachten es als schwerwiegenden Fehler anzunehmen, dass Deutschland eine ‚High Crime Society‘ sei (vgl. ebd.: 494). Diese Klassifizierung werde lediglich von kritischen Kriminologen vorgenommen, die allerdings ihrer Ansicht nach „a distant kind of ‚armchair‘ research“ (ebd.: 493) betrieben²⁵, weil sie zu sehr in Ideen und großen Theorien verhaftet seien, welchen oft jegliche empirische Evidenz fehle. Nach Oberwittler und Höfer (vgl. ebd.: 494) zeichnen kritische Kriminologen ein maßlos übertriebenes Bild eines punitiven und repressiven Kriminaljustizsystems, das bürgerliche Freiheiten untergrabe. Eine Replikationsstudie, die die von Garland ins Feld geführten Indikatoren für eine punitive Wende aufgreift und für die Bundesrepublik überprüft, halten sie zwar für angebracht, jedoch um Garlands Thesen zu widerlegen und den kritischen Kriminologen damit den Wind aus den Segeln nehmen zu können.

Folgt man Garlands Perspektive, so geht es bei der Untersuchung von Punitivität nicht primär um die Feststellung der Strafbereitschaft in der Bevölkerung

²⁵ In dasselbe Horn bläst auch Tonry (2007: 39): „much of the armchair „theoretical“ writing is useless, assuming that a „punitive turn“ has occurred, which it then tries to explain without bothering to establish, whether policies and practices have changed and in what ways. David Garland’s work (e.g., 2001) has inspired much armchair theorizing“. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Gegenposition Tonrys in Bezug auf Garlands Analyse hat Sack (2010) vorgelegt.

wie sie in der deutschen Punitivitätsforschung betrieben wird, sondern um die Erforschung der strukturellen und kulturellen Bedingungen, unter denen sich Punitivität in der Bevölkerung artikuliert. Dieser Aspekt wird in den Befragungen völlig außer Acht gelassen.

Neben der Konzentration auf die Strafeinstellungen der Bevölkerung liegt ein weiterer Schwerpunkt der deutschen Punitivitätsforschung auf der Untersuchung des Einflusses der Massenmedien bei der Entstehung punitiver Einstellungen (Pfeiffer/Windzio/Kleimann 2004; Windzio et al. 2007). Wenngleich Garland den Medien keine kausale, sondern lediglich verstärkende Bedeutung beimisst, werden die Medien in diesen Studien häufig als ursächlicher Faktor für punitive Tendenzen in der Kriminalpolitik und den Einstellungen der Bevölkerung angesehen (Sack 2006a). Pfeiffer, Windzio und Kleimann (2004) und Windzio et al. (2007) betrachten die Ergebnisse ihrer Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Medienkonsum und Punitivität zwar durchaus vor dem Spiegel von Garlands Analyse und bezweifeln die Punitivitätsthese nicht, deuten den Einfluss der Medienberichterstattung allerdings als Ursache für einen von den befragten Bürgern angenommenen überschätzten Kriminalitätsanstieg, was zu erhöhten Strafbedürfnissen führe. Auch Dollinger (vgl. 2011: 39ff.) folgt dieser Einschätzung. Er schlägt eine Typologie vor, derzufolge zwischen institutioneller, expressiv-politischer und massenmedial-kultureller Punitivität zu unterscheiden sei. Letztere beinhalte auch die Einstellungen der Bevölkerung, da die Bürger ihr Wissen über Kriminalität in erster Linie aus den Medien und nicht aus eigenen Erfahrungen bezögen. Auf die Ergebnisse von Pfeiffer, Windzio und Kleimann (2004) rekurrierend vertritt er die Ansicht, dass „[e]ine vermehrte Berichterstattung über Kriminalität in den Medien [...] nahezu gleichbedeutend [sei] mit einem zumindest hohen Potenzial, Punitivität in der Bevölkerung zu verbreiten“ (Dollinger 2011: 61). Untersuchungen, die die Perspektive Garlands einnehmen und die Medien in einer verstärkenden Rolle sehen und daher die Frage in den Mittelpunkt rücken, welche strukturellen und kulturellen Bedingungen dazu führen, dass kriminalitätshaltige Medieninhalte in der Bevölkerung auf Interesse stoßen, gibt es in der deutschen Forschungslandschaft bislang nicht.

Neben der Bevölkerung und den Massenmedien stehen auch staatliche Institutionen auf der Agenda der Punitivitätsforschung. Dabei handelt es sich überwiegend um die Untersuchung justizieller Punitivität anhand rein deskriptiver Analysen von Rechtspflegestatistiken (Groenemeyer 2003; Kury/Obergfell-Fuchs/Würger 2002; Obergfell-Fuchs 2005; Kury/Obergfell-Fuchs 2006; Streng 2006; Köllisch 2007; Heinz 2009, 2009a). Die Ergebnisse dieser Studien unterstützen die These einer zunehmenden Punitivierung der deutschen Sanktionspraxis zumindest teilweise. Kury, Brandenstein und Obergfell-Fuchs (vgl. 2009: 73f.) stellen für den Zeitraum zwischen 1980 und 2006 einen Rückgang kurzer

Freiheitsstrafen (bis 24 Monate) und einen Anstieg von Freiheitsstrafen ab zwei Jahren fest. Im Zeitraum zwischen 1980 und 2004 habe sich die Zahl der wegen Vergewaltigung oder sexueller Nötigung verhängten Freiheitsstrafen über fünf Jahre verdreifacht (vgl. ebd.: 72). In Bezug auf Kindesmissbrauch habe sogar eine Versechsfachung stattgefunden. Kury und Obergfell-Fuchs (vgl. 2006: 1035) kommen zu dem Schluss, dass bei der gefährlichen Körperverletzung und Sexualdelikten die Sanktionen im Laufe der Zeit härter geworden seien. Als gegenläufig zu dieser punitiven Tendenz interpretieren sie ihren Befund, dass bei leichteren Delikten mit geringem Strafmaß vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht worden sei, Freiheitsstrafen zur Bewährung auszusetzen. Legt man hier allerdings Garlands Interpretationsfolie zugrunde, ist dieses Resultat keineswegs als widersprüchlich zu einem punitiven Trend, sondern als Element des ‚Defining Deviance Down‘, das unter der Doktrin der Ressourcenschonung im Kontext der adaptiven Strategie steht, zu deuten (vgl. Kap. 1.1).

Auch Streng (2006) stellt einen Anstieg der Strafhöhen insbesondere bei Sexualdelikten fest. Bezugnehmend auf Garlands Analyse führt er diesen Befund auf eine gestiegene Opferorientierung zurück, nach der „das Strafrecht nicht nur den öffentlichen Strafanspruch geltend machen, sondern auch ideellen Genugtuungsbedürfnissen und Entschädigungsanliegen der Opfer gerecht werden“ (ebd.: 219) soll. Heinz (vgl. 2009: 259) teilt ebenfalls den Befund einer zunehmenden Punitivität, sieht diesen jedoch auf einige Delikte (Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Kindern, vorsätzliche Tötungsdelikte, gefährliche Körperverletzung, Handelstreiben mit Betäubungsmitteln) begrenzt. Daraus folgert er, dass aus den amtlichen Statistiken keine durchgehende Punitivität abzuleiten sei, weil sie eine „quantitativ kleine Gruppe“ betreffe.²⁶ Auch in Bezug auf seine Untersuchung der Praxis des Jugendkriminalrechts gelangt Heinz (vgl. 2009a: 78ff.) zu keinem klaren Ergebnis, sondern er stellt kleinteilig 14 Einzelergebnisse nebeneinander, die kein einheitliches Bild für ein Für oder Wider der Punitivitätstheese erkennen lassen.

Ein weiterer Indikator für institutionelle Punitivität, der bereits eingangs erwähnt wurde und häufig herangezogen wird, ist die Entwicklung der Gefangeneneraten²⁷ im Zeitverlauf (Suhling/Schott/Brettfeld 2002; Suhling 2003; Tonry 2004; Streng 2006; Kury/Obergfell-Fuchs 2006). Von Beginn der 1990er Jahre bis 2005 war ein stetiges Wachstum der Gefangenenspopulation in deutschen Haftanstalten zu verzeichnen, wobei ein besonders starker Anstieg des Anteils der nichtdeutschen Gefangenen festzustellen war (Suhling/Schott/Brettfeld 2002;

²⁶ Auch Kury, Brandenstein und Obergfell-Fuchs (vgl. 2009: 72f.) weisen darauf hin, dass die härteren Sanktionen nur einen kleinen Teil von Straftätern betreffe.

²⁷ Zur Kritik an der Verwendung von Gefangenenzahlen als Indikator für Punitivität vgl. Dollinger (2011: 27f.) und Dünkel/Morgenstern (2010: 1006ff.).

Kury/Obergfell-Fuchs 2006). Suhling, Schott und Brettfeld (vgl. 2002: 171) sehen mögliche Ursachen für diese Veränderungen zum einen in steigender Kriminalität, sich qualitativ verändernder Delinquenz und unterschiedlichem Entscheidungsverhalten der Staatsanwaltschaften und Gerichte. Zum anderen nehmen sie zur Erklärung dieser Entwicklung auch auf Garlands Analyse Bezug und führen sie auf eine gestiegene Punitivität infolge makrostruktureller Veränderungsprozesse zurück. Seit 2005 verlaufen die Gefangenenzahlen rückläufig.

Kury, Brandenstein und Obergfell-Fuchs (vgl. 2009: 74) stellen für den Zeitraum von 2003 bis 2006 steigende Belegungszahlen im geschlossenen Vollzug fest, während im offenen Vollzug sinkende Zahlen zu verzeichnen seien. Sie folgern daraus, dass ersterer immer mehr die Regel zu sein scheine. In dem genannten Zeitraum befand sich weniger als ein Fünftel aller Strafgefangenen im offenen Vollzug (vgl. ebd.: 74f.).

Institutionelle Punitivität manifestiert sich nicht nur in der Art und Härte der von den Gerichten verhängten Sanktionen und der Zahl von Gefangenen, sondern auch in der Entwicklung des Strafrechts, deren Kernstück die Strafgesetzgebung ist. Seit jeher gilt das Strafrecht als ‚schärfstes Schwert‘ des Staates. Deshalb lässt sich seine Ausgestaltung als Gradmesser für staatliche Punitivität betrachten. In diesem Zusammenhang ist daher auch von legislativer Punitivität (Kury/Kania/Obergfell-Fuchs 2004: 54; Hilgendorf 2010: 125) die Rede. In dieser Dimension kann eine Reihe legislativer Veränderungen als Indikatoren für punitive Tendenzen herangezogen werden: die Einführung von neuen sowie Erweiterung von Straftatbeständen, Strafverschärfungen, Vorfeldverlagerungen der strafrechtlichen Kontrolle und Einführung neuer präventiver Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, Verschärfungen von Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie die Höhergewichtung des Strafzwecks des Schutzes der Allgemeinheit gegenüber der Resozialisierung. In der Punitivitätsforschung findet diese Dimension allerdings kaum Berücksichtigung.

Die bislang aus sozialwissenschaftlicher Perspektive untererforschte Entwicklung der Strafgesetzgebung steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Das Ziel besteht darin, den Wandel des Strafrechts durch die ‚Brille‘ Garlands zu betrachten und festzustellen, inwiefern seine These einer punitiven Wende auch für die deutsche Strafgesetzgebung Gültigkeit beanspruchen kann. Hierzu werden die Indikatoren des kriminalpolitischen Wandels, die Garland herausgearbeitet hat, aufgegriffen, und es wird analysiert, wie sie sich in der Strafgesetzgebung der Spätmoderne niederschlagen. Da die Analyse der Entwicklung des Strafrechts originär in der Strafrechtswissenschaft beheimatet ist, wird zunächst dargestellt, welche Diagnosen über die Veränderungen ihres Gegenstandes sie stellt, inwiefern sich Parallelen zu Garlands Analyse ergeben und in welche Strafrechtsdiskurse die Deutungen der Entwicklungen münden. Vorweggenommen sei, dass

die Strafrechtswissenschaft (bis auf wenige Ausnahmen) den Begriff der ‚Punitivität‘ noch nicht in ihr Vokabular aufgenommen hat.

2.3 Diagnosen zur Entwicklung des Strafrechts aus der Strafrechtswissenschaft

Eine „Tendenzwende in der Straf- und Strafprozessgesetzgebung“ wird auf Ende der 1960er Jahre datiert (Ebert 1978) und maßgeblich an der Terrorismusgesetzgebung (Berlit/Dreier 1984) festgemacht. Die Reformgesetzgebung von 1969 bis 1975 stand noch unter der Zielsetzung ‚Resozialisierung, Entkriminalisierung und Humanisierung‘²⁸. Im Sinne einer rationalen Kriminalpolitik ging es vor allem um eine moralische ‚Entrümpelung‘ des Strafrechts, welche insbesondere das Sexualstrafrecht betraf und es von strafbewehrten moralischen Regeln des Zusammenlebens befreite (Ehebruch, Kuppelei, Verführung Minderjähriger, Unzucht, Verbreitung unzüchtiger Schriften). Nach Hilgendorf (2004: 264) lassen sich die dominierenden rechtspolitischen Forderungen dieser Zeit mit den Begriffen „Liberalisierung“ und „Abschaffung“ auf den Punkt bringen: „Liberalisierung des Sexualstrafrechts und des politischen Strafrechts, Lockerung oder Abschaffung der §§ 218 ff. StGB, Abschaffung des § 175 StGB.“ Sinnbildlich hierfür war die Umbenennung der ‚Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit‘ in ‚Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung‘. Allerdings diagnostizierte Foucault (2003: 965f.) bereits 1979 sehr vorausschauend: „Dass die Sexualität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entkriminalisiert wird, aber nur um als Gefahr, als universelle Gefahr, wieder aufzutauchen, ist in der Tat eine bemerkenswerte Veränderung.“

Zwischen 1969 und 1974 wurden fünf Strafrechtsreformgesetze verabschiedet, die durch zwei von der Regierung eingesetzte Kommissionen, bestehend aus Strafrechtlern und Experten, entworfen wurden. Eine erste Kommission, die ‚Große Strafrechtskommission‘, legte 1962 nach acht Jahren der Beratung einen Entwurf vor. Vier Jahre später erschien ein Alternativ-Entwurf von einer Gruppe liberalerer Strafrechtler, der „das Sanktionensystem weitgehend spezialpräventiv orientierte und der vor allem die Strafbarkeit unter Ausschaltung aller moralisierenden Tendenzen auf den Rechtsgüterschutz beschränkte“ (Haffke 2005: 23).

Die Phase der Liberalisierung war zudem geprägt durch einen politischen und öffentlichen Diskurs um die Entkriminalisierung von Bagatel- und Massenkriminalität wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren, wofür eigene Kommissionen eingerichtet wurden. Bezeichnend für diese kriminalpolitische Stoßrichtung,

²⁸ Den Humanisierungsgedanken sieht Hirsch (1999) noch am stärksten fortwirken, was er daraus ableitet, dass die Verurteilungen auf Freiheitsstrafe kontinuierlich abgenommen hätten.

Strafgesetzgebung in der Spätmoderne
Eine empirische Analyse legislativer Punitivität
Schlepper, C.
2014, XI, 247 S. 30 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-06319-1